



Chefarzt Pier, St. Antonius Klinik in Wegberg, Grabstätte von Christel Lenzen in Mönchengladbach: „Sehr blutreiche Operation“

KRANKENHÄUSER

Herrscher über Leben und Tod

Im niederrheinischen Wegberg sind innerhalb eines Jahres über zwei Dutzend Menschen gestorben, weil Ärzte falsch, unnötig oder stümperhaft behandelt haben sollen. Der Verdacht: Der neue Chef der privatisierten Klinik habe auf Kosten der Gesundheit seiner Patienten Kasse machen wollen.

Christel Lenzen ist eine umsichtige Frau. Sie hat Schmerzen in der Brust, und weil sie deshalb ins Krankenhaus muss, quartiert sie ihre Hündin Susi beim Tierarzt ein. Auch um ihren pflegebedürftigen Ehemann kümmert sich die 67-Jährige. Damit er gut versorgt ist, lässt sie ihn ins selbe Hospital einweisen.

Alles scheint perfekt vorbereitet, als Christel Lenzen am 4. Dezember 2006 in die St. Antonius Klinik von Wegberg, einer Kleinstadt nahe Mönchengladbach, einzieht. „Angina pectoris instabil“ hat ihr Hausarzt diagnostiziert, einen drohenden Herzinfarkt.

Auf dem Röntgenbild sehen die Krankenhausärzte einen Schatten, alle anderen Untersuchungswerte sind indes im Normbereich. Drei Tage später wird Christel Lenzen aus dem OP-Saal gerollt – sie hat jetzt keine Galle mehr. Für die OP gab es keinen Anlass, wird ein Gutachter später feststellen.

Für Christel Lenzen beginnt ein sechswöchiges Martyrium. Erst klagt sie über starke Schmerzen, dann deuten die Blutwerte auf einen schweren Entzündungsherd hin, und als sie nach knapp einem Monat endlich in einen Computertomografen (CT) geschoben wird, liegt sie bereits im künstlichen Koma. Das CT-Bild zeigt einen Infarkt, nicht des Herzens, sondern von Milz und rechter Niere, die abgestorben sind. Die linke Niere und Teile der Leber sind in Mitleidenschaft gezogen, in der Lunge ist Flüssigkeit zu erkennen.

Mit diesem Befund ist die Rentnerin ein klarer Fall für ein speziell qualifiziertes Krankenhaus, am besten eine Universitätsklinik. Wegberg hat keine urologische Fachabteilung, ist weder für Nieren- noch für große Brustkorboperationen eingerichtet.

Doch Christel Lenzen wird nicht verlegt, und das ist wohl ihr Todesurteil. Am 10. Januar liegt sie zum zweiten Mal im

OP. Jetzt nimmt sich Arnold Pier ihrer an, er ist Chefarzt und Inhaber der Klinik. Bei der „sehr blutreichen Operation“, wie es im OP-Bericht heißt, entnimmt er der Frau Teile der Lungenhaut, sägt dafür eine Rippe heraus, eine Methode aus der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts.

Die abgestorbene Niere belässt Pier im Körper der Rentnerin. Neun Tage später ist Christel Lenzen tot, auf dem Totenschein notiert ein Oberarzt „akuter Herzinfarkt“. Ihr Sohn Gerhard erstattet Anzeige – und erfährt durch die von der Staatsanwaltschaft angeordnete Obduktion, dass seine Mutter an einer eitrigen Nierenentzündung gestorben ist. Alle anderen Eingriffe, sagt der Sohn, „waren unnötige Quälerei“.

Christel Lenzen gehört zu den rund zwei Dutzend Todesfällen an der Wegberger Klinik, die derzeit von der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach (502 Js 1222/06) untersucht werden. Über 20 Menschen sollen in dem kleinen Krankenhaus innerhalb



eines Jahres gestorben sein, weil, so die Ermittlungsrichtung der Strafverfolger, falsch, unnötig oder stümperhaft operiert wurde; weil der neue Inhaber, so die Vermutung, mit möglichst großen und komplizierten Eingriffen viel Geld verdienen wollte; weil an lebensnotwendigen Medikamenten gespart und stattdessen versucht wurde, große Bauchwunden mit frischgepresstem Zitronensaft zu desinfizieren.

Arnold Pier weist diese Vorwürfe kategorisch von sich, er sieht sich als Opfer einer „Rufmordkampagne“ durch „interessierte Personen“, die seine „persönliche und fachliche Integrität“ zerstören wollen. Er habe stets das Angemessene getan und glaubt das in Gegengutachten belegen zu können.

Bestätigen sich jedoch die Vorwürfe von Zeugen – und die ersten Gutachten, auch im Fall Lenzen, legen das nahe –, dann hat sich in Wegberg einer der größten Krankenhauskandale Deutschlands zugetragen. Wenn es so war, stünde Wegberg geradezu exemplarisch für Zustände, die im hiesigen Klinikwesen täglich Menschenleben kosten: die Selbstherrlichkeit von Chefarzten, die sich immer noch für Halbgötter in Weiß halten, die Servilität der Untergebenen, die Kritik und Courage für ein

Karrierehindernis halten. Und ein Gesundheitssystem, das die Freiheit der Ärzte über den Qualitätsanspruch der Patienten stellt.

Vierelorts greifen Mediziner zum Skalpell, von denen Kollegen nicht mal ihr Haustier operieren lassen würden. Schlamperie und Hygienemängel gehören zum Alltag auf deutschen Stationen. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) will darum in einer Kampagne mit der Weltgesundheitsorganisation das Krankenhauspersonal demnächst zum regelmäßigen Händewaschen aufrufen. Denn 30 bis 50 Prozent der Weißkittel auf Intensivstationen, so hat eine Studie ermittelt, desinfizieren sich nicht regelmäßig ihre Finger.

Wegberg offenbart aber auch, dass keine Schutzmechanismen greifen, dass Patienten auf Gedeih und Verderb dem Krankenhausbetrieb ausgeliefert sind: Niemand schlug Alarm, als in der St. Antonius Klinik plötzlich immer mehr Menschen starben – die Pathologen nicht, die Krankenversicherungen nicht, auch keine Amtsärzte. Ortsansässige Doctores lästerten beim Stammtisch zwar über die Klinik und ihren neuen Chef, auf die Idee, ihr Insiderwissen der Polizei zu offenbaren, ka-

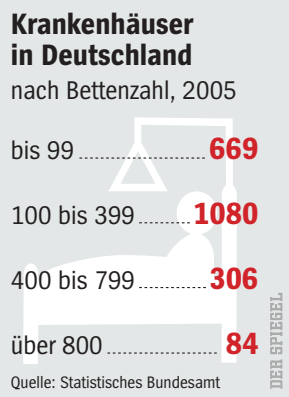
men sie jedoch nicht. Dieses Kartell des Schweigens und der Ignoranz hat offenbar zugelassen, dass jeden Monat neue Patienten zu Opfern wurden.

Das auffällige Sterben in Wegberg begann Anfang 2006, nachdem Bürgermeisterin Hedwig Klein die St. Antonius Klinik an den Chirurgen Dr. Arnold Pier verkauft hatte – für lächerliche 26 000 Euro, nebst einem gutgehenden Altenheim.

Pier war kein Unbekannter. Erst hatte er als Gastarzt im Wegberger Krankenhaus operiert, dann wurde er Berater der Bürgermeisterin, sollte gegen ein Entgelt von 10 000 Euro den Klinikalltag begutachten und Sanierungsvorschläge erarbeiten. Das mit 93 Betten recht kleine Hospital rechnete sich nicht, man befürchtete Millionenverluste in den kommenden Jahren, wie jedes fünfte Krankenhaus in Deutschland war es von der Schließung bedroht.

Schon bald machte Pier mit seinem Insiderwissen ein Kaufangebot – im späteren Vertrag wurde vereinbart, dass die Öffentlichkeit von Einzelheiten nichts erfahren sollte. „Wir sollen hier zustimmen, ohne umfassend informiert zu werden“, schimpfte Markus Gross, Ratscherr der Grünen.

CDU-Bürgermeisterin Klein, die dem Verwaltungsrat des Krankenhauses vorsah, war stolz auf ihren weißen Ritter: ein Medicus mit eigener Homepage, der in Saudi-Arabien, Argentinien, Brasilien, Peru und Indonesien gearbeitet hat. Ein Mann aus einem Dorf bei Aachen, der nach der Fach-





Opfer Gerhardus (am 11. Februar 2006), Witwer Gerhardus: „Ich habe alles im Griff, man muss mir vertrauen“

oberschule erst Kraftfahrzeugmechaniker gelernt und ein Diplom als Flugzeugbauer abgelegt hatte, bevor er sein Medizinstudium begann. Ein Arzt, der stets weltmännisch zur Stelle war, wenn Fernsehteams ein paar Sätze über Sodbrennen benötigten oder über sein selbsternanntes Spezialgebiet, die minimalinvasive Chirurgie.

Andererseits hatte es erste Zweifel an Piers Befähigung bereits zu seiner Zeit als Gastarzt gegeben. Im Mai 2005 wollte er einem angeblich 200 Kilogramm schweren Patienten ein Magenband einsetzen – Übergewichtige sollen nach so einem Eingriff nur noch kleine Mengen essen können, was beim Abnehmen helfen soll. Konstantin Valsamidis, der damalige Chef der Anästhesie, lehnte den Eingriff ab, weil der OP-Tisch nur bis 130 Kilogramm zugelassen war. „Wenn der Tisch zusammenbricht, stirbt der Patient, das konnte ich nicht verantworten“, regt sich der 60-Jährige noch heute über den Leichtsinns des Kollegen auf.

Pier hingegen sah „keine Gefahr für den Patienten“, der nach seiner Erinnerung nur 160 Kilogramm gewogen habe. Er führte die Operation zwei Tage später aus, mit einem anderen Anästhesisten, der Tisch hielt die Last. Nach einem weiteren heiklen Vorgang versuchte Valsamidis, Bürgermeisterin Klein zu informieren, drang aber nie zu ihr durch.

Auch Harald Wolf, der damalige Chefarzt der Chirurgie, äußerte sich schon früh kritisch über Piers Arbeit. Doch offenkundig wollte niemand zwei Chefärzten zuhören, die mit der Privatisierung der Klinik ihre Stellung verlieren würden. Die Kündigung der alten Abteilungsleiter hatte sich Pier bei den Übernahmeverhandlungen ausbedungen.

Arnold Pier, der standesgemäß im VW Phaeton vorfuhr, sorgte zunächst für Aufbruchstimmung in der niederrheinischen Provinz. Er versprach sichere Arbeitsplätze, eine bessere Auslastung der Betten

und dass sich künftig auch Scheichs aus dem Orient in Wegberg behandeln lassen würden. „Der kann Dreck zu Gold reden“, sagt Christiane Merz, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende und langjährige Intensivschwester.

Wie sehr auch die Mitarbeiter an den Retter glauben wollten, zeigte sich an ihrer Bereitschaft zum Gehaltsverzicht: Sie stimmten Lohnkürzungen von zehn Prozent zu, außerdem sollten Urlaubs- und Weihnachtsgeld in den folgenden drei Jahren gestrichen werden. Die ersparten rund vier Millionen Euro sollten den Fortbestand des Hauses sichern.

Doch es dauerte nur ein paar Wochen, bis sich die Euphorie des Neuanfangs verflüchtigt hatte. Ende Februar 2006 begab

Je kleiner die Hospitäler sind, desto lausiger ist oftmals die Behandlung der Patienten.

sich Liselotte Gerhardus zur Darmspiegelung in die Wegberger Klinik. Sie war 75 Jahre alt, eine lebenslustige, deutlich jünger wirkende Frau mit Spaß an modischer Kleidung, immer gut frisiert und dezent geschminkt. Doch dann eröffneten ihr die Ärzte, sie habe einen Tumor im Darm.

„Das mache ich selbst“, sagte Pier, „ich nehme Ihre Frau als Letzte in den OP, damit ich Zeit habe zu operieren.“ So erinnert sich Ehemann Richard Gerhardus, 82, an die dramatischen Stunden im Krankenhaus. Ob der schwere Eingriff denn wirklich sein müsse, habe er damals gefragt. Seine Frau sei Diabetikerin und herzkrank; und er ärgert sich noch heute über die arrogante Antwort des Arztes: „Er habe alles im Griff, man müsse ihm vertrauen.“

Elf Tage nach der Operation blieb das Herz von Liselotte Gerhardus stehen. Auch ihr Tod ist einer jener Vorfälle, die jetzt von der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach ermittelt werden. Zu klären ist dabei

die Frage, ob im Vorfeld eine Computertomografie hätte gemacht werden müssen. Womöglich hätte eine derart umfangreiche Operation damit vermieden werden können.

Das Wegberger Krankenhaus verfügt jedoch über keinen CT. Um mit einem solchen Gerät Krankheiten abzuklären, müssen die Patienten im Krankenwagen in ein anderes Hospital transportiert werden. Und das ist teuer, weshalb diese Diagnose-technik unter Pier, so behaupten Schwestern und Ärzte, gescheut wurde. Eine Einschätzung, die Pier bestreitet.

Dass die St. Antonius Klinik kein CT-Gerät hat, ist typisch für das Ausstattungsgefälle in deutschen Hospitälern. Mögen kleinere Krankenhäuser bei Patienten – etwa wegen der Nähe zum Wohnort – beliebt sein: Ihre medizinische Qualität ist oft lausig. Je kleiner diese Kliniken zur „Grund- und Regel-

versorgung“ sind, weiß Matthias Rothmund, ehemaliger Präsident der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, „desto seltener wird über Behandlungserfolge, Fehler und Sterblichkeitsraten gesprochen“.

Besonders in Ostdeutschland, sagt der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, „werden immer wieder Menschen zu Tode operiert, weil es dort Chefärzte gibt, die sich viel zu viel zutrauen“. Daran gekoppelt sei ein weiteres Problem: „Gute Ärzte gehen leider dorthin, wo sie viele Privatpatienten haben und gut verdienen.“

Lauterbach hat Pier vor ein paar Jahren selbst kennengelernt. Es war 2002 beim Hürther SPD-Politiker Klaus Lenartz. Der Arzt gab vor, interessierte Investoren für einen 50 Millionen Euro teuren Klinikneubau im Erftkreis an der Hand zu haben. Lauterbach warnte damals seinen Parteifreund: „Fachlich inkompetent. Ein Aufschneider mit einer Selbstüberschätzung wie Lars Wind-

horst.“ Heute sagt der Gesundheitsökonom, er wäre „nie auf die Idee gekommen, dass jemand diesem Mann ein Krankenhaus anvertrauen könnte“.

Etwa zwei Wochen nach Liselotte Gerhardus vertraute sich Margarethe Wilms, 80, der medizinischen Kunstfertigkeit des Arnold Pier an. Auf der Inneren Station wurden Polypen im Darm entdeckt, doch auf die Operation wurde die herzkranke Frau in der Klinik offenbar weder mit Kreislaufmedikamenten noch mit Antibiotika vorbereitet. Später urteilt der Gutachter: „Der Zeitpunkt der Operation war übereilt. In der Vorbereitungsphase wurde oberflächlich hinsichtlich der Risikoabklärung vorgegangen.“

Fünf Tage nach der OP hatte sich die Bauchwunde von Margarethe Wilms entzündet, sie war voller Eiter. Nekrotisch nennen es Mediziner, wenn Gewebe abstirbt. Irgendwann sei die Wunde „ein großes klaffendes Loch“ gewesen, berichtete der Intensivpfleger Helmut R. bei seiner polizeilichen Vernehmung.

Und er überraschte die Ermittler mit weiteren Details. Die Wunde von Frau Wilms sei mit Zitronensaft ausgespült worden. Pier habe während der Behandlung nach Zitronen verlangt, die aus der Küche geholt werden mussten und vom Pfleger ausgepresst wurden. In seiner Vernehmung sagte R. weiter, dass dieser Saft mit



Bürgermeisterin Klein

Stolz auf den weißen Ritter

dem Fruchtfleisch in einer Spritze aufgezogen und Pier übergeben worden sei. Dieser habe dann den Saft in diese Wundhöhle gespritzt.

Der verblüffte Pfleger habe nach der OP von Pier wissen wollen, wozu diese seltsame Methode diene. Der Chefarzt habe ihm geantwortet, dass „er das zur Desinfizierung des Bauchraumes machen würde, in Peru mache man das immer so“. Die Frau, gab R. bei der Kripo zu Protokoll, sei fortan mehrfach täglich auf diese Weise „behandelt“ worden. Der Monitor für die Herzfrequenz habe jedes Mal enorm ausgeschlagen, wenn Pier den Zitronensaft in die entzündete Wunde gespritzt habe. Pier entgegnet, von ihm eingeholte Gegengut-

achten würden ihn entlasten. Und „soweit Zitronensaft eingesetzt wurde“, würden drei ärztliche Zeugen „die erstaunlichen Erfolge bestätigen“.

Mit Zitronensaft Wunden zu desinfizieren und diese Säure im sensiblen Bauchraum anzuwenden, urteilt dagegen Martin Exner, Bonner Ordinarius für Hygienik, sei so „ein extremer Behandlungsfehler“, wie er ihn in seiner über 30-jährigen Praxis noch nie erlebt habe. Bei offenen Bauchwunden sei „absolute Sterilität“ notwendig, Zitronensaft aber sei nicht steril, sondern verätze und schädige das Gewebe. Nach Exners Überzeugung hatte die Applikation von Zitronensaft eine „explosionsartige Infektionsausbreitung mit einer massiven Blutvergiftung“ zur Folge.

Natürlich nahmen Ärzte und Pflegepersonal wahr, was in Wegberg alles schief lief – und reagierten mit Zynismus. „Noch 72 Stunden“ gab etwa ein junger Assistenzarzt einer Patientin nach der Operation, weil sie postoperativ nicht die richtigen Substanzen bekam. Später erzählte er nicht ohne Stolz: „Ich hatte recht, nach 72 Stunden war die Frau tot.“

Doch dürfen Ärzte, die den Eid des Hippokrates geschworen haben, zuschauen, wie Menschen sterben, deren Leben man leicht hätte retten können? Das Wegberger Personal ging mit dem „täglichen Horror“

unterschiedlich um. Ein Assistenzarzt hatte Angst um seine Karriere („Den Chef anzuschwärzen, so was spricht sich rum“), ein Kollege informierte telefonisch und anonym das zuständige Gesundheitsamt, das bei einem Kontrollbesuch, „nichts finden“ konnte. Der Notarzt Richard Adler legte sich offen mit dem Klinikchef an. Pier, sagt Adler, „liebte es, über Leben und Tod zu herrschen“.

Doch Adler konnte nicht verhindern, dass in den folgenden Monaten weitere Patienten starben. Etwa Georg S., 67, der einer Blutvergiftung erlag, weil Pier laut Gutachten eine notwendige zweite Operation unterlassen und S. tagelang kein Antibiotikum gegeben habe. Oder Herbert D., 68, der an den Folgen einer Lungenembolie zu Tode kam. Ihm wurde offenbar kein Heparin verabreicht, das Standardmedikament zur Abwehr von Thrombosen. Oder Roswitha K., 55, die mit einer akuten Blinddarmentzündung eingeliefert wurde – und nach der Operation, wie der Pfleger R. später aussagte, „nicht ausreichend mit Eiweiß, Heparin und Antibiotika versorgt“ wurde.

Roswitha K. quoll in ihren letzten Tagen am ganzen Körper auf, typische Folgen von Eiweißmangel. Dagegen helfen Eiweißmedikamente, doch die sind recht teuer. Die Pfleger redeten den Angehörigen zu, die Frau in ein anderes Krankenhaus



Anästhesist Valsamidis
Operation abgelehnt

verlegen zu lassen. Doch beim Transport starb die Patientin.

Unter den Ärzten herrschte bald ein Kommen und Gehen. Vermutlich wäre diese immense Fluktuation für die Verwaltung anderer Krankenhäuser ein Alarmsignal gewesen. Nicht aber in Wegberg: Dort war Pier Eigentümer, Geschäftsführer, Ärztlicher Leiter und Chefarzt in Personalunion.

Vor allem, so urteilen ehemalige und noch angestellte Mitarbeiter, sei er Unternehmer gewesen. Auffällig häufig soll er gewöhnliche Darmoperationen ausgeweitet haben – indem ein künstlicher Darmausgang gelegt oder zusätzlich die Galle entfernt wurde.

Blinddarmoperationen seien bei ihm fast immer „kompliziert“ gewesen, selbst bei Kindern. Für das Martyrium der Roswitha K. soll Pier 95000 Euro in Rechnung gestellt haben. Auf die enorme Summe „schien er stolz zu sein“, sagte der Pfleger R. gegenüber Kripo-Beamten.

Ärzte berichten, dass sich der Klinikchef ihre Rechnungen angeschaut und nachträglich hochgeschraubt habe. Pier sagt, die Behauptungen der Zeugen seien „frei erfunden“, er habe sich auch nie darüber ausgelassen, „welche Einnahmen das Krankenhaus aus der Behandlung von Patienten erziele“.

So manches Leben wäre in Wegberg womöglich gerettet worden, wenn sich bei der Gesundheitsreform 2004 Ministerin Ulla Schmidt und ihr damaliger Berater Karl Lauterbach durchgesetzt hätten: Sogenannte Mindestfallzahlen sollten damals vorgeschrieben werden – und gewährleisten, dass anspruchsvolle Operationen ausschließlich von geübten Chirurgen vorgenommen werden. In Frankreich zum Beispiel werden Prostatakarzinome nur in Spezialkliniken behandelt. „Hätten wir diese Vorschrift auch in Deutschland“, behauptet Lauterbach, „würden bei uns jährlich 3000 Männer die OP überleben.“

Am erbitterten Widerstand der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) ist



Notarzt Adler, Opfer Westerhuis: Vor Schmerzen geschrien – und vor Wut

dieses Reformvorhaben gescheitert. Nach wie vor darf jeder operieren, was er sich zutraut. Nicht einmal im Bereich der Risikoschwangerschaften hat die DKG eine Spezialisierung zugelassen. Gut 90 000 Euro kassiert ein Krankenhaus, wenn es einem Risikobaby auf die Welt verholfen hat. Ob das Kind danach gesund ist oder eine bleibende Behinderung davonträgt, spielt dabei keine Rolle.

Als hätte sie geahnt, dass es sich in Wegberg offenbar um ein Risikokrankenhaus handelte, hatte sich Lucia Westerhuis, 43, eigentlich woanders behandeln lassen wollen. Aber als sie im vergangenen September wegen großer Schmerzen einen Rettungswagen rief, erklärte ihr der Fahrer, er dürfe sie nur in die St. Antonius Klinik bringen.

Bei der Operation fand Chefarzt Pier neben entzündetem Darmgewebe einen „Tumor im Unterbauch“, der „pampelmusengroß“ sei und „verwachsen mit der Gebärmutter“. Er schnitt die Galle, einen Teil der Gebärmutter und große Stücke vom Darm heraus und legte der Frau einen künstlichen Ausgang.

Pier erklärt, er habe bei der OP eine „nicht einzuordnende Gewebeschwulst“ gesehen und diese entfernt. Die Kritiker sagen, Pier operiere viel zu schnell und zu großflächig. Ein bloßer Streit unter Fachleuten?

Tage später, Pathologen hatten die entnommenen Gewebeteile untersucht, stand fest: keine Spur von Krebs. Als Lucia Westerhuis nach zwei Wochen zu sich kam, schrie sie vor Schmerzen – und vor Wut. Mit dem künstlichen Ausgang würde sie nie wieder ihren Beruf als Köchin ausüben dürfen. Sie wurde schwach und zunehmend depressiv. Vier Wochen nach der Einlieferung brach sie mit einer Thrombose zusammen.

Ihrem Bruder Robert wurde als Todesursache eine Lungenembolie genannt. Erst danach fiel ihm auf, dass seine Schwester nie Thrombosenstrümpfe getragen hatte, wie sie von allen bettlägerigen Patienten getragen werden müssen, erst recht,

wenn sie so übergewichtig sind wie seine Schwester.

Ein paar Wochen und einige Tote später schickte ein Unbekannter einen siebenseitigen Brief über die Zustände in der St. Antonius Klinik an die Staatsanwaltschaft Mönchengladbach: „Ich bitte sie inständig, dem Treiben des Dr. Pier ein Ende zu setzen.“

Am 19. Dezember 2006 landete die Anzeige mit grausigen Details von einem Dutzend Todesfällen bei der Kripo, drei Tage später durchsuchten Beamte die Klinik, stellten Unterlagen sicher. Während unten Akten hinausgetragen wurden, rang oben auf der Intensivstation eine Frau mit dem Tod: Christel Lenzen.

In ihrem und bislang drei weiteren Fällen hat der anerkannte Düsseldorfer Chirurgieprofessor Bernwald Ulrich gravie-

Der Krankenhausskandal gerät allmählich in die Nähe eines Justizskandals.

rende Behandlungsfehler festgestellt, mindestens zwei davon haben zum Tod der Patienten geführt.

Seit Bekanntwerden der ersten vier Gutachten darf Pier nicht mehr als Arzt praktizieren. Die Bezirksregierung Köln ordnete das Ruhen seiner Approbation an. Es bestünden Zweifel an Piers „grundlegenden medizinisch-chirurgischen“ Kenntnissen. Weitere Patienten müssten vor einer unsachgemäßen Behandlung durch Pier „bewahrt werden“.

Arnold Pier fährt dennoch jeden Tag in seine Klinik, so als wäre nichts geschehen; operieren darf er nicht mehr, aber er ist immer noch Inhaber. Als Mitarbeitern auffällt, dass Pier und seine Getreuen Akten hinaustragen und angeblich auch die OP-Bücher umschreiben, alarmieren sie die Kriminalpolizei. Die Information erreicht die Staatsanwaltschaft – doch die sieht keinen Anlass einzugreifen.

Für den Bochumer Strafrechtler Klaus Bernsmann ist es „unverständlich, dass die

Staatsanwaltschaft nicht die Gelegenheit genutzt hat, dieses mögliche Beweismaterial zu sichern – dies könnte den Verdacht der Rechtsbeugung und der Strafvereitelung im Amt begründen“.

„Es besteht keine Flucht- oder Verdunkelungsgefahr“, erklärt Oberstaatsanwalt Lothar Gathen dem SPIEGEL. Pier sagt, er habe nur Kopien der Patientenakten verladen, auch bestreitet er, „OP-Berichte verändert“ zu haben. Dem Mönchengladbacher Rechtsanwalt Karlheinz Rabe, der die Familie Lenzen vertritt, fällt indes auf, dass beschlagnahmte Akten nicht vollständig sind: „In den begutachteten Fällen wird immer das Fehlen wichtiger Unterlagen bemängelt.“

So gerät ein Krankenhausskandal allmählich in die Nähe eines Justizskandals. Im Gegensatz zu den Hinterbliebenen bekommt Pier schnell Einsicht in die inzwischen tausend Seiten umfassenden Ermittlungsakten. Er liest die belastenden Aussagen seiner Mitarbeiter und reagiert prompt: mit der Kündigung einer Kritikerin. Ansonsten gebe es keine Konsequenzen „gegenüber Mitarbeitern, die bei der Polizei ausgesagt“ hätten, sagt Pier.

Ungeachtet der Frage, ob sich Beschäftigte vor Kündigungen fürchten, hat Reiner Priggen, der Fraktionsvize der Grünen im Düsseldorfer Landtag, eine kleine Anfrage im Landtag eingebracht. Er will von der Landesregierung wissen, ob die Mönchengladbacher Staatsanwaltschaft „die Ermittlung ungeklärter Todesfälle in Wegberg behindert“.

Mit einer Anklage gegen Arnold Pier ist nicht vor Herbst zu rechnen. Womöglich geht es dann nicht nur um die vermuteten Körperverletzungen mit Todesfolge. Die Steuerfahndung glaubt zudem, dass Pier rund 800 Eingriffe unverteuert vorgenommen hat, überwiegend Magenbandoperationen zu Preisen von 5000 bis 10 000 Euro. Pier dementiert auch diesen Vorwurf.

UDO LUDWIG,
BARBARA SCHMID